

FDP | 03.11.2015 - 15:30

Strafrechtsverschärfung nicht zustimmen



Die Sterbehilfe soll neu geregelt werden. Union und SPD wollen das Strafrecht verschärfen. FDP-Vize Marie-Agnes Strack-Zimmermann fordert: Die Selbstbestimmung der Betroffenen muss in den Fokus rücken. Der federführend von den Abgeordneten Michael Brand (CDU) und Kerstin Griesse (SPD) vorgelegte Gesetzesentwurf werde diesem Anspruch nicht gerecht.

Im Gegenteil: Helfende Ärzte würden vielmehr mit Strafverfolgung bedroht, kritisierte Strack-Zimmermann. "Deshalb appelliere ich mit Nachdruck an die Abgeordneten, einer Strafrechtsverschärfung nicht zuzustimmen." Kein Politiker habe das Recht, Menschen vorzuschreiben, wie sie ihren letzten Weg zu gehen hätten.

Aus Sicht der Freidemokratin ist es die Aufgabe der Politik den Betroffenen diese Entscheidung selbst zu überlassen, ihnen qualifizierte Beratung zur Seite zu stellen und den letzten Weg so menschenwürdig wie möglich zu gestalten.

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/strafrechtsverschaeerfung-nicht-zustimmen>